

Pöfener Zeitung.

Neunundsiebzigster

Jahrgang.

Nr. 577.

Sonntag, 19. August
(Erscheint täglich drei Mal.)

1876.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Meier & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Breslau b. Emil Kabath.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei C. L. Dandl & Co.,
Hauptstadt & Vogler,
Kunsthof Allee.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Zentral-Verlag.“

Das Abonnement auf diese Zeitung drei Mal
wöchentlich beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Subskription 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tag Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 11 Uhr
Nachmittags angenommen.

Die Finanzlage des deutschen Reiches.

2 Berlin, 17. August. Wie in unserem Artikel über die Erträge der Zölle und Verbrauchssteuern im ersten Semester 1875 näher dargelegt ist, haben Zölle, Verbrauchssteuern und Wechselstempel im ersten Semester 1876 gegen dieselbe Zeit des Vorjahres ein Plus von 7 Millionen Mark ergeben. Die Aussicht auf einen Ueberschuß des Reichshaushalts im laufenden Jahre würde ein Mittel mehr gewähren, für 1877 die Etats ohne Erhöhung der Matrifalarbeiträge oder weitere Anspannung der Steuerkraft festzustellen. Bis zu einem gewissen Grade allmählich abnehmenden Umfang bauten sich allerdings unter den Nachwirkungen der Milliardenjahre auch die letzten Reichshaushalts-Etats auf Ueberschüssen der Vorjahre auf. So sind in dem Etat pro 1873 34 Millionen Mark aus solchen Ueberschüssen als Einnahme eingestellt. Davon sind aber bloß 2 Millionen Mark auf die Ueberschüsse von 1875 angewiesen. Für die Etats von 1877 sind sonach außer den noch in Entstehung begriffenen Ueberschüssen pro 1876 bis auf diesen kleinen Betrag auch noch die Ueberschüsse von 1875 verfügbar. Dieser noch verfügbare Theil beträgt 14 Millionen Mark. Es müßten also nun auch pro 1877 34 Millionen Mark Ueberschüsse einstellen und auf anderweitige Mittel zur Herstellung der Bildung verzichten zu können, noch 34—14=20 Millionen Mark Ueberschüsse aus dem Jahre 1876 sich erzielen lassen. Dazu ist aber auch alle Aussicht vorhanden. Nicht nur übersteigen die Einnahmen von 1876 die Einnahmen von 1875, auch die letzteren sind schon höher gewesen als die Etatsansätze für die Einnahmen von 1876. Nimmt man an, daß das 2. Semester 1876 nur dieselben Einnahmen bringen wird, wie das 2. Semester 1875, so werden die Reichseinnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Wechselstempel 1876 netto 288 1/2 Millionen Mark betragen, das ist 18 1/2 Millionen Mark mehr, als der Etat pro 1876 in Aussicht nimmt. Es scheint allerdings, daß Herr Stephan mit seinen Einnahmen aus Post und Telegraphie hinter dem Etat zurückbleiben wird. Die Posteinnahmen haben sich nicht mehr wie in den Vorjahren gesteigert. Das 1. Semester, welches 1875 mehr als die Hälfte der Jahreseinnahmen brachte, bleibt 1876 hinter der Hälfte des Jahresetats um 3 1/2 Millionen Mark zurück. Ob die den Nachbarverkehre so außerordentlich benachteiligende neue Telegraphenbahnenordnung außer der in Aussicht genommenen geringen Mehreinnahme von 1 Million Mark jährlich wirklich erhebliche Ersparnisse bei den Ausgabeetats in Folge des durch verminderte Transporterleichterungen Expeditionsdienstes nach sich ziehen wird, bleibt abzuwarten. Auch bei den Reichseisenbahnen wird ein gegen den Etat etwas größerer oder geringerer Ueberschuß von dem Umfang abhängen, in welchem Ausgabeersparnisse gemacht worden sind. Die Militärverwaltung hat möglicherweise bei der Fourage ein aus dem Unterschied der Marktpreise und der Etatspreise resultirendes Defizit. Doch kann für diesen Titel noch auf einen durch veränderte Grundsätze bei den eisernen Fouragebeständen entbehrlich gewordenen Fonds von 6 Mill. M. zurückgegriffen werden. Ob die Marine Ersparnisse oder Defizits aufweisen wird, hängt wesentlich davon ab, ob und wie lange das jetzt bei Saloniki befindliche Panzergeschwader über die Ende September ablaufende etatsmäßige Zeit hinaus in Dienst bleiben wird; die allgemeinen Pensionsfonds werden Ersparnisse aufweisen. Desgleichen die Ausgabeetats für die Zinsen von Schatzanweisungen. Die Budgetkommission hatte diese Fonds erheblich ermäßigt. Bis jetzt aber haben Schatzanweisungen nicht ausgegeben zu werden brauchen, weder für den laufenden Kasienbetrieb, noch zur Deckung der auf Anleihe angewiesenen außerordentlichen Marine- und Telegraphenausgaben, noch zur Durchführung der Münzreform — der beste Beweis, über welche erheblichen Baarbestände aus den Milliarden die Reichsregierung auch jetzt noch verfügen muß. Die Frage, was von diesen Beständen insbesondere auch von den daraus gewonnenen Zinsen noch verfügbar ist, dürfte auch für die nächsten Etatsberatungen wieder sehr praktisch werden. Der Reichstag hat inzwischen für die Behandlung derselben insofern gefällige Handhabe gewonnen, als die vorjährigen Finanzgesetze eingefügte Klauseln die Etatsirrigung solcher Bestände und Zinseinnahmen vorschreiben. Außerdem wird die Frage unmittelbar praktisch werden in Betreff — Uebnahme auch der vor 1870 entstandenen Kriegspensionen auf den Reichsinvalidenfonds. Daß der Fonds diese Pensionen tragen kann, wurde bereits in der vorigen Session von der Fortschrittspartei überzeugend nachgewiesen. Minister Delbrück sagte auch einen desfallsigen Gesetzentwurf ausdrücklich zu. Wenn ferner pro 1877 die Zinseinnahmen aus dem Reichsfestungsbaufonds und dem Reichseisenbahnfonds niedriger zu veranschlagen sind, so werden andererseits auch gewisse außerordentliche Ausgaben in Wegfall kommen, wie beispielsweise 1 Mill. M. für die außerordentlichen Uebungen mit dem Mausergewehr, 600,000 M. für die erste Herstellung der Reichskassenscheine und dgl. Das auch unter den gegenwärtigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen erhebliche Plus der Einnahme gegen die Etatsveranschlagung legt sodann auf's Neue die Frage nahe, ob es richtig ist solche Methoden niedriger Veranschlagung, wie nach dem Durchschnitt von 3 Vorjahren, in dem bisherigen Umfang beizubehalten. Kurzum, es kann unter Berücksichtigung auch nur eines Theils dieser Momente nach keiner Richtung hin schwer fallen, einen Reichshaushaltsetat aufzustellen, welcher sich auf die gegenwärtig zur Erhebung gelangenden Matrifalarbeiträge, Zölle und Verbrauchssteuern beschränkt. Die besondere Aufstellung eines Etats für das 1. Quartal 1877, welche durch die Verlegung des Finanzjahres notwendig wird, fällt noch um so leichter, als diese Etatsperiode der Winter zeitlicher wie der betreffende Etat für Preußen zeigt, außerordentliche Ausgaben für Bauzwecke auch in

sehr geringem Umfange zu beanspruchen braucht. — Die Finanzlage des deutschen Reiches macht also in keiner Beziehung Steuererhöhungen erforderlich, womit nicht gesagt sein soll, daß nicht nach einem für die Bequemlichkeit der Reichsfinanzverwaltung günstigeren Ausfall der nächsten Wahlen seit 1868 verunglückten Steuerprojekte auf der Bildfläche alsbald wieder erscheinen werden.

Zu den Wahlen

schreibt die „B.A.C.“, das Organ der nationalliberalen Partei:

Bereits früher ist auf die Arbeiten hingewiesen worden, die noch zu erledigen sind, um das Reformwerk für abgeschlossen erklären zu können. Diese Arbeiten, wenn sie auch denen, welche bereits hinter uns liegen, an Umfang und Wichtigkeit nicht ganz gleich kommen, sind doch immerhin umfangreich genug, um neben den sonstigen gesetzgeberischen Arbeiten, zu denen vor Allem das Unterrichtsgesetz gehört, die nächste Legislaturperiode des preussischen Landtags, welche die Jahre 1877, 78 und 79 umfaßt, auszufüllen. Welche besonderen Erklärungen über ihre Stellung zu diesen gesetzgeberischen Aufgaben der Zukunft soll nun die nationalliberale Partei abgeben, da doch in den bereits zum Abschluß gelangten Arbeiten besser als durch die schönsten Worte eines „Programms“ für ihre Bestrebungen Zeugniß abgelegt wird? Einer Partei, die seit nunmehr 10 Jahren in einer vor aller Welt offen daliegenden parlamentarischen Thätigkeit, über welche wie schon früher auch diesmal ein umfassender Rechenschaftsbericht abgefaßt werden wird, für ihre Bestrebungen eingetreten ist und die, ehe sie sich dem Widerstande von Seiten der Regierung gegenüber mit mildernden Erfolgen begnügte, das Mehr zu fordern nicht unterließ, welches als Ziel ihres Strebens ihr vorschwebt; einer Partei, die täglich durch eine weit verbreitete Presse mit der Bevölkerung in Fühlung ist, kann doch wirklich nicht im Ernste zugemuthet werden, daß sie heute mit einem neuen „Programm“ vor die Welt trete, weil es einer Anzahl von konservativen Persönlichkeiten gefallen hat, sich als „deutsch-konservative Partei“ zusammenzutun und ein „Programm“, wie sie es selber wenigstens nennen, vom Stapel zu lassen. Mögen doch diejenigen Konservativen, welche von dem Aufstecken der deutschen Fahne durch die Unterzeichner jenes Programms eine Konkurrenz befürchten, sich nicht die Köpfe der National-Liberalen zerbrechen. In Süddeutschland handelt es sich einfach darum, den „Stillen im Lande“, die bei den vorigen Reichstagswahlen schon gegen die liberalen Kandidaten Männer ihres Gernens auf den Schild erhoben, eine politische Parteibezeichnung zu geben, hinter welcher indessen in Süddeutschland Niemand etwas Anderes als die Männer der „Reichspost“ erblicken wird. In Norddeutschland handelt es sich darum, den Alt-Konservativen ein Mäntelchen umzuhängen, welches zwar mit den Reichsfarben verbrämt ist, worunter aber „die eisenbeschlagenen Schuhe der Agrarier“ sich nicht verbergen lassen. Position zu nehmen bliebe, was die preussischen Landtagswahlen betrifft, also immer nur gegen solche Konservative, die sich dem Landmann gegenüber für die berufenen Vertreter der Ackerbauinteressen ausgeben, wie andere Leute sich so geberden, als ob der nothleidenden Industrie nur dadurch geholfen werden könne, wenn man ihnen ein Mandat anvertraue. Die national-liberale Partei kann, wo ihren Kandidaten gegenüber derartige „Interessenvertreter“ aufgestellt werden, nur immer wieder erklären, daß kein Mitglied der national-liberalen Fraktion durch irgendwelches offenes Programm oder irgendwelchen geheimen Fraktionsbeschuß jemals gebunden gewesen ist, nach seinem freien Ermessen in wirtschaftlichen Fragen zu stimmen, daß sie dagegen zu allen ihren Mitgliedern die Erwartung hegt, sie würden stets, wie auch die Verfassung dieses fordert, als Vertreter des gesammten Volkes sich betrachten und für die Interessen besonderer Berufsclassen nur soweit eintreten, als dies mit der Rücksicht auf das allgemeine Wohl vereinbar ist.

Deutschland.

**** Berlin, 17. August.** [Vom Reichseisenbahnamt. Konfursordnungscommission. Antrag Hoberbeck-Hoffmann. Parlamentarische Statistik.] Das Reichseisenbahnamt hat die Bundesregierungen auf die Thatsache aufmerksam gemacht, daß mehrere Bahnverwaltungen durch sehr erhebliche Ersparnisse in den Ausgaben für das Jahr 1875 einen kaum erwarteten Ertrag erzielt, bezw. sich auch bei zum Theil nur geringer Steigerung der Einnahmen in die Lage gebracht haben, eine wesentlich höhere Dividende als in den Vorjahren zur Vertheilung zu bringen. Es ist dabei darauf hingewiesen, daß, soweit diese Erscheinung nicht auf erhöhte Deconomie und billigere Preise zurückzuführen sei, eine Verminderung der Ausgaben in Bezug auf die Unterhaltung der Bahnanlagen die Besorgniß wachrufe, es könne die Einschränkung zum Theil vielleicht auf Kosten der Ausdehnung und Regelmäßigkeit der Bahnunterhaltung, sowie der Instandhaltung der Betriebsmittel stattgefunden und deshalb für die Sicherheit des Betriebes, sowie für die Interessen des allgemeinen Verkehrs und der Landesvertheidigung Nachtheile zur Folge haben. Jedenfalls fordere die Erscheinung zu einer erhöhten Wachsamkeit und verstärkten Kontrolle auf und würde insbesondere überall da, wo sich aus den Rechnungsablässen eine ungewöhnliche Verminderung bei den bezüglich den Ausgabeetiteln ergeben sollte, den Gründen sorgfältig nachzuforschen und gegebenen Falles einzuschreiten sein. — Die Konfursordnungs-Kommission wird, wie man hört, zu keiner Berathung mehr zusammentreten. Ihre Arbeiten sind völlig abgeschlossen, und besteht zwischen dem Bundesrath und der Kommis-

sionsarbeit über die Konfursordnung fast gar keine Differenz. Das Plenum wird das mündliche Referat des Abg. v. Dahl entgegenzunehmen haben, da von einer schriftlichen Berichterstattung Abstand genommen worden ist. Im Reichstage dürften nur wenig Paragraphen Anlaß zu weiteren Debatten geben. Von der Justizkommission sind die einschlägigen Bestimmungen der Zivilprozeßordnung den Beschlüssen der Konfursordnungs-Kommission gleichlautend festgestellt worden. Die noch fehlenden letzten Protokolle der Kommissionsverhandlungen werden dieser Tage den Reichstagsmitgliedern zugesendet werden. Dagegen tritt die Reichs-Justizkommission noch einmal, und zwar 14 Tage vor Eröffnung des Reichstages, zusammen. Inzwischen wird sich der Anfangs Oktober zusammentretende Bundesrath über die Beschlüsse der Justizkommission schlüssig gemacht haben. — Seitens der Fortschrittspartei wird, wie ihre Organe melden, in der bevorstehenden Session der unter dem Namen Hoberbeck-Hoffmann bekannte Antrag wiederholt werden, wonach kein Reichstagsmitglied ohne Genehmigung des Reichstages während der Dauer der Session verhaftet werden darf. In der letzten Session wurde der in dieser Richtung sich bewegende, vom Abg. Hoffmann eingebrachte Gesetzentwurf abgelehnt, und wurde damals auf die Reichsjustizkommission hingewiesen, welche sich mit diesem Gesetzentwurf befassen werde. Bei der Verabreichung des Einführungsgesetzes zum Strafprozeß wurde nun vom Abg. Bernards der Antrag gestellt, in dasselbe die Bestimmung aufzunehmen, daß kein Mitglied des Reichstages ohne dessen Genehmigung verhaftet werden kann; der Antrag wurde jedoch von den Nationalliberalen und Konservativen abgelehnt, und nur die aus der Fortschrittspartei, dem Centrum und dem Abg. Lasker bestehende Majorität stimmte dafür. Bei der großen Opposition, welche der Reichskanzler diesem Antrage entgegenbringt, ist an dessen Annahme seitens des Bundesraths für jetzt wenigstens nicht zu denken. — Eine Statistik über die Zahl der Sitzungen, welche das Abgeordnetenhaus in 26 Jahren abgehalten, liefert den Beweis, daß in den letzten vier Sessionen, mit Ausnahme der Nationalversammlung vom Jahre 1848 und der zweiten Kammer von 1849—50, das Abgeordnetenhaus am meisten mit Arbeiten belastet war. Die meisten Sitzungen hielt ab die zweite Kammer vom 7. August 1849 bis 26. Februar, und zwar 121 (Berathung der Verfassung), es folgen die Nationalversammlung vom 22. Mai bis 1. September 1848 mit 102 Sitzungen, der 2. Session der letzten 12. Legislaturperiode mit 81 Sitzungen, der 3. Session mit 77 Sitzungen, der 3. Session der vorigen 11. Legislaturperiode mit 80 Sitzungen. Die wenigsten Sitzungen fanden statt in der außerordentlichen Session vom 20. Okt. bis 26. Okt. 1858, 9 gemeinschaftliche Sitzungen mit dem Herrenhause, und vom 15. Januar bis 23. Februar 1866, wo der Konflikt seinen Höhepunkt erreicht hatte, mit 11 Sitzungen.

— Man schreibt der „N. Z.“ von hier: Das Reichsgesetz über die Einführung der bürgerlichen Eheschließung und der Zivilstandsregister ist nun lange genug in Kraft, um beurtheilt zu können, wie unbedeutend die schweren Bedenken gewesen, welche von einzelnen Bundesregierungen dagegen erhoben worden sind. Auf Anregung der Reichsregierung hat es in den Bundesstaaten nach Ablauf des ersten halben Jahres, seitdem das Zivilgesetzbuch in Kraft ist, nicht an Ermittelungen über dessen Wirksamkeit gefehlt. Hierbei hat es sich nun herausgestellt, daß das Unterlassen der kirchlichen Trauung sowie der Taufen sich auf einen verhältnißmäßig sehr kleinen Bruchtheil beschränkt und daß namentlich in Bayern, Sachsen und Mecklenburg, wo man zu so vielen Befürchtungen bereit war, am wenigsten Anlaß zu solchen sich geboten hat. Dagegen hat es sich gezeigt, daß Indifferentismus und Opposition gerade da hervorgetreten sind, wo die Geistlichkeit einen Druck auf die Bevölkerung zu üben versuchte. Man wird sich erinnern, daß während der vorigen Reichstagsession wegen solcher Vorgänge eine Interpellation vorbereitet war, von welcher man nur Abstand genommen hatte, um das vorhandene Material zu vervollständigen. Es steht nun auch fest, daß diese bloße Absicht genügt hat, um in der That vorhanden gewesen Uebelständen Abhilfe zu schaffen.

— In Betreff der Kirchhofsfraße scheint man zu einem entschiedenen Vorgehen noch immer nicht entschlossen zu sein. Wie angestellten Erhebungen sind längst zu Ende geführt und man wird schwerlich nach dem Ausfall derselben die Bedürfnisfrage noch in Zweifel ziehen. Es scheint nunmehr, daß es sich um die Ausführung handelt, und diese zu mancherlei Schwierigkeiten geführt hat. Das fakultative Fortbestehen der konfessionellen Kirchhöfe ist thatsächlich Gegenstand eingehender Erwägung gewesen. Mit welchem Erfolge, läßt sich freilich noch nicht sagen. Vorläufig haben sich jene Stimmen geltend gemacht, welche behaupten, die ganze Frage sei noch nicht reif und bedürfe also noch weiterer Erörterungen. Damit ist es freilich gelungen, die Lösung der Frage zu verschieben, indessen wird man sich doch wohl dazu verstehen müssen, im nächsten Landtage eine Entscheidung herbeizuführen, wenn man anders dauernde Interpellationen und unliebsame Erörterungen vermeiden will.

— Wie die „B. u. H.“ hört, ist das Gesuch des Grafen Harry von Arnim um freies Geleit auf der Rückreise von Carlsbad nach der Schweiz vom Kammergericht abschlägig beschieden worden mit der Motivierung, daß kein Grund vorliege, den in der Auflage auf Landesverrath gegen den Grafen erlassenen Haftbefehl aufzuheben. Graf Arnim wird also den Umweg durch österreichisches Gebiet zu machen haben. „Freies Geleit“ ist übrigens kein juristischer Begriff; es kann sich nur um Haftaufhebung handeln. Doch ist in dem das Gesuch des Grafen abweisenden Bescheide des Kammergerichts der Ausdruck „freies Geleit“ gebraucht. Auffallend bleibt es,

daß das Kammergericht für die Einreise des Grafen Armin nach Carlshad das freie Geleit ohne Haftaufhebung bewilligt hatte.

— Vor Kurzem ist Herr Schulze-Dehlig durch eine neue Ehrenbezeichnung ausgezeichnet worden. Denselben wurde von der „Regia Linceorum Academia“ in Rom das Diplom seiner Ernennung zum auswärtigen Mitgliede derselben überreicht. Die Akademie, die vor mehreren hundert Jahren begründet wurde und der bereits Galilei angehörte, pflegt vornehmlich die physikalischen, mathematischen und Naturwissenschaften, außerdem hat sie aber auch eine Abtheilung für die moralischen, historischen und philologischen Disziplinen, in welche das neu ernannte Mitglied eingereiht worden ist. Es war hierbei gleichzeitig bemerkt worden, daß Herr Schulze-Dehlig schon seit 1864 als Ehrenmitglied der „Academia-Fisco-Medico-Statistica“ und als korrespondirendes Mitglied der „Società Lombarda di Economia Politica“, beide zu Mailand, angehört.

D. N. Der Besatzungsstat für die gedachten Korvetten „Leipzig“ und „Sedan“ ist durch die Admiralität auf je 425 Köpfe festgesetzt und zwar besteht die Besatzung aus folgenden Personen: Kommandant: 1 Kapitän zur See, 1 Offizier: 1 Korvettenkapitän, Navigationsoffizier: 1 Kapitän-Lieutenant, Batterieoffizier: 1 Kapitän-Lieutenant, wachhabende Offiziere: 4 Kapitän-Lieutenants resp. Lieutenants zur See, 5 Unterlieutenants zur See, 10 Seefahrten, 1 Maschineningenieur, 1 Oberstabsarzt, 1 Assistenzarzt, 1 Zahnmeister, 1 Prediger, 1 Zahnmeisterassistent, 1 Materialienverwalter, 1 Schreiber (Unteroffizier), 1 Wachtmeister der Stabswache, 1 Sergeant der Stabswache, 3 Unteroffiziere resp. Gefreiten der Stabswache, 1 Schiffsfach (Unteroffizier), 1 Schiffsfach (Obernachwache), 1 Böttcher (Unteroffizier), 1 Oberfeuerwerker, 1 Feuerwerksmaat, 4 Feuerwerksmaat, 1 Oberbootmann, 1 Bootmann, 6 Oberbootmannsmaat, 15 Bootmannsmaat, 64 Obermatrosen, 193 Matrosen, 3 Obermaschinisten, 3 Maschinisten, 4 Obermaschinistenmaat, 9 Maschinistenmaat, 2 Oberfeuermeister, 5 Feuermeister, 12 Oberheizer, 38 Heizer, 1 Obermeister, 1 Obermeistersmaat, 1 Meistersmaat, 1 Oberzimmermannsmaat, 4 Zimmermannsmaat, 1 Segelmachersmaat, 2 Segelmachersmaat, 1 Büchsenmachersmaat, 1 Wäblersmaat, 1 Böttchersmaat, 1 Oberlackenmacher, 1 Unterlackenmacher, 1 Schuhmacher, 1 Schneider, 3 Köche, 3 Kellner.

— In der dritten Sitzung des Provinzial-Landtages wurde zunächst das Statut des Provinzial-Verbandes in der vorliegenden Form genehmigt. Nach demselben werden dem Landesdirektor zur Mitwirkung bei Erledigung der Geschäfte ein Landes-Syndikus und ein Landes-Baurath beigegeben, die mit einem Gehalt von 6–9000 M. und freier Dienstwohnung, bezw. einer Entschädigung von 1000–1500 M. auf 12 Jahre angestellt werden. In Betreff der Klären und Reifezeiten für die gewählten Mitglieder der Ober-Erlass-Kommissionen, deren Bezahlung der Landtag früher abgelehnt hatte, beschloß die Versammlung, da der Minister des Innern sich gleichfalls nicht veranlaßt gefühlt hat, die Kosten zu übernehmen, dieselben einwilligen zu bewilligen, inzwischen aber beim preussischen Landtage dahin zu petitioniren, daß fernerhin die Kosten vom Staate getragen werden. — Der Provinzial-Ausschuß hat die auf Grund des Dotationsgesetzes zu zahlenden Beiträge der Jahresrente in Empfang genommen und beantragt, die früher in Beziehung auf das Dotationskapital gemachten Vorbehalte für thatsächlich erledigt zu halten. Die Versammlung ist hiermit einverstanden. Der Antheil der Provinz Brandenburg an dem Dotationsfonds besteht einschließlich eines Barbestandes von 18,394 M. 79 Pf. in 1,228,573 M. 84 Pf. — Der Verwaltungsbericht des Provinzialausschusses giebt zu verschiedenen Erörterungen Veranlassung, namentlich giebt die zur Uebernahme der Berlin-Pröbeler Aktien-Gesellschaft dem Kreise Niederbarnim bewilligte Prämie Veranlassung einer längeren Debatte. Der Antrag, diese Prämie in Höhe von 38,000 M. nicht zu bewilligen, wurde von Abgeordneten des oberbarnimer Kreises lebhaft verfochten, die geltend machen, daß der Provinzialausschuß nicht berechtigt sei, Schulden mit zu übernehmen, wie dies in diesem Falle geschehen sei. Von anderer Seite wurde dagegen energisch bekämpft, daß der Provinzialausschuß sein Mandat überschritten habe. Nachdem unter anderen Rednern auch der Regierungskommissar, Oberpräsident v. Jagow, darauf hingewiesen hatte, daß die Erhaltung der überaus wichtigen Berlin-Pröbeler Chaussee dringend nöthig gewesen sei, wird der Antrag, die 38,000 M. der mit zu übernehmenden Schulden nicht zu bewilligen, abgelehnt. Die allgemeine Ueberweisung der für Prämien bewilligten 300,000 M. in Höhe von 70,654 M. gab hierauf zu weiteren Angriffen gegen den Provinzialausschuß Veranlassung, die jedoch energisch zurückgewiesen wurden. Nach Aufklärung der Sache seitens des Landesdirektors und des Abg. v. Benda wird der Antrag, der Ausschuß solle für diese Ueberweisung Indemnität nachsuchen, zurückgezogen. — Nach einer Ministerialverfügung vom 27. Oktober v. J. (S. 117) ist im Interesse der theilnehmenden Lehrer und Kinder

die Abschaffung der Sing- und Bittumgänge zu erstreben. Einer gesetzlichen Bestimmung bedarf es dazu nicht, es ist vielmehr nur mit den theilnehmenden wegen der Entschädigung zu verhandeln und die Angelegenheit so zum Abschluß zu bringen. Umgänge „kirchlicher“ Natur kann die Regierung nicht verbieten, wohl aber Kinder und Lehrer während der Schulzeit davon zurückhalten.

Kolberg, 10. August. Der Buchdruckerei-Besitzer Jandé dahier giebt die „Kolberger Bade-Zeitung“ heraus, die zugleich die Liste der Bade-Gäste zu veröffentlichen pflegt. Nun erhielt Jandé unter dem 14. Juni von der kolberger Polizei-Direktion die Aufforderung, die Mitarbeiter seines Blattes zu nennen, widrigenfalls ihm die Liste der Bade-Gäste entzogen werden würde. Da Jandé dieses polizeiliche Verlangen nicht für rechtsbeständig hielt, so beschwerte er sich bei dem Bezirks-Verwaltungs-Gericht zu Cöslin, erhielt jedoch den Bescheid, daß dasselbe nicht kompetent sei und er sich deshalb bei der Regierung als der vorgesetzten Aufsichts-Behörde des kolberger Polizei-Direktoriums beschweren möge. Er that das, aber auch die Regierung erklärte sich für inkompetent, da nach §§ 59 und 67 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 Beschwerden über Maßregeln des Polizei-Verwalters — auf dem platten Lande sind es die Amts-vorsteher, in den Städten die Bürgermeister — dem Kreis-Ausschuß vorzulegen seien. Darauf wandte sich Jandé an den Kreis-Ausschuß, und auch der Kreis-Ausschuß behauptete, daß ihn die Sache nichts angehe, da ihm das Aufsichts-Recht über die städtische Polizei-Verwaltung nicht zustehe. Von drei Behörden abgewiesen, hat sich Jandé nunmehr an den Minister des Innern gewandt, eine Antwort aber noch nicht erhalten.

Frankreich.

Paris, 16. August. Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Details über den Handel Frankreichs während der ersten sieben Monate des Jahres 1876. Nach den betreffenden Angaben belief sich die Einfuhr auf 2,139,792,000 Frs.; die Ausfuhr auf 2,054,547,000 Frs. Die Unterbilanz beträgt also 85,245,000 Frs. Die Zahlen erscheinen jedoch in einem noch bedeutend ungünstigeren Lichte, wenn man das Resultat für den gleichen Zeitraum des Vorjahres gegenüberstellt. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1875 hat sich die Einfuhr auf 1,961,448,000 Frs., die Ausfuhr auf 2,180,554,000 Frs. belaufen, so daß der Unterschied 219,106,000 Frs. zu Gunsten des französischen Handels betrug. Der Vergleich ergiebt schließlich, daß die Einfuhr gegen das Vorjahr um 178,344,000 Frs. zu gunsten, die Ausfuhr um 126,007,000 Frs. abgenommen hat. — Das „Journal officiel“ veröffentlicht ferner einen Erlaß des Handelsministers Teisserenc de Bort, durch welchen eine Kommission zur Prüfung der auf die Einrichtung eines agronomischen Instituts bezüglichen Fragen eingesetzt wird. Dieselbe besteht aus dem General Morin, Direktor des Konservatoriums für Kunstgewerbe, als Präsidenten, dem Senator Dece de Lavergne, den Abgeordneten Paul Bert und Victor Lefranc, den Professoren Berquerel, Boussingault, Duclaux, Aimé Girard, Hervé Mangon, Moll und Peligot, dem Landwirth Dailly, den Generalinspektoren Voitel, Bouley und Tisserand, dem Unterdirektor des Konservatoriums für Kunstgewerbe, Herrn Tresca und dem Bureauchef Leblond. — Der Senator Wolowski, der bekannte Nationalökonom, ist gestern Nacht in Gisors gestorben. Durch seinen Tod ist abermals die Stelle eines unabsehbaren Senatsors erledigt. Die öffentliche Feier des 4. September ist durch einen ministeriellen Zirkular-Erlaß verboten worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 13. August. Alle drei skandinavischen Länder leisten dieses Jahr Beiträge zur Erforschung des hohen Nordens. Von Schweden hat, wie der „Polit. Korresp.“ berichtet, der kühne und ausdauernde arktische Reisende Prof. Nordenskiöld eine Expedition nach der Mündung des Jenisei unternommen, um seewärts einen Handelsweg nach dem nördlichen Sibirien zu bahnen, nachdem er voriges Jahr die Möglichkeit erkannt, von dem karischen Meere nach dem Jenisei vorzudringen. Er hat seine Expedition, die mehrere schwedische Männer der Wissenschaft unter ihren Theilnehmern zählt, in zwei Theile getheilt. Die eine

Abtheilung hat sich landwärts nach dem Jenisei begeben, um denselben in Booten abwärts nach der Mündung hin zu untersuchen, wo sie mit der anderen Abtheilung zusammentreffen soll. Diese, von Nordenskiöld selbst geleitet, hat jüngst an Bord des Dampfers „Düer“, welcher schwedische Waaren mitführt, Norwegen verlassen, wo die Ausrüstung stattgefunden hat. Das Schiff hat nun den nördlichsten Punkt Norwegens passiert und befindet sich im Kurse nach dem Jenisei zu. Gelingt es auch diesmal, bis zum Ziele durchzudringen, so ist der Beweis erbracht, daß eine Handelsverbindung mit Sibirien sich in einer kurzen Sommerzeit zu Stande bringen läßt, welche die Ent-wicklung der sibirischen Verhältnisse bedeutend fördern wird.

In Norwegen hat die Regierung, nachdem das Storting die Geldmittel bewilligt, eine Expedition ausgerüstet, um den arktischen Theil des atlantischen Meeres in ähnlicher Weise wie die englische Challenger-Expedition zu erforschen. Der Dampfer „Björingen“ ist zu diesem Zwecke ausgerüstet worden und hat, nachdem er Untersuchungen an der Küste Norwegens angestellt, das Meer bis Island befahren und unter Weges die Farö-Inseln angelaufen. Trotz des stürmischen, für die Untersuchungen ungünstigen Wetters sind die wissenschaftlichen Resultate der Expedition nicht ungünstig. In den zwei nächsten Sommer-Saisons soll die Expedition wiederholt werden. Dänemark endlich hat zwei Expeditionen, n. z. nach Island und Grönland ausgerüstet. Die erste, von dem hiesigen Universitäts-Professor Johnstrup geleitet, hatte den Auftrag, den im Winter 1874–75 im nördlichen Island neu entstandenen Vulkan, über welchen man nur die Angaben einiger isländischer Bauern besaß, zu untersuchen. Ein junger Marine-Offizier begleitet Johnstrup bei der nöthigen Messungen. Wie von Island berichtet wird, hat die Expedition ihren Auftrag ausgeführt, der bedeutend dadurch erschwert wurde, daß sich in der Nähe der Vulkane keine Weide für die Lastthiere befand, weshalb die Zelte weitauf aufgeschlagen und lange Karren reiten nach den Kratern gemacht werden mußten. Johnstrup ist jetzt noch nicht zurückgekehrt. Die grönländische Expedition wird von einem jüngeren Mineralogen, Stenstrup, geleitet, der das Land schon früher besucht hat. Auch ihm ist ein Marine-Offizier beigegeben. Diese Expedition, für die 10,000 Kronen ausgeworfen sind, soll fünf Jahre nach einander wiederholt werden. Ihr Zweck ist die Untersuchung der grönländischen Mineralien, besonders bezüglich ihrer technischen Verwendung. Zudem soll die Expedition die Erforschung der Ausdehnung des Eises im Innern des Landes vorbereiten. Erst nach einigen Monaten werden Nachrichten von ihr eintreffen können. Vor einigen Tagen wurde hier eine Bildsäule unseres berühmten Astronomen Tycho Brahe enthüllt. Die Bildsäule ist von Bissen entworfen und vor der Sternwarte placirt worden. Bei der Enthüllungsfest wurde ein Festspiel, welches von Carl Plough, dem Regisseur des „Fädreland“, gedichtet wurde, vorgelesen und hielt der Professor der Astronomie, Thiele, die Festrede in Anwesenheit der königlichen Autoritäten. — Die Rückreise des dänischen Krönprinzen, welches vorübergehend Bornholm besuchen wird, ist auf den 19. August festgesetzt.

Großbritannien und Irland.

London, 16. August. Aus Lord Russell's Feder ist soeben eine Broschüre, betitelt „Die auswärtige Politik Großbritanniens im Jahre 1876“, erschienen, welche nicht nur die britannische, sondern auch die europäische Politik behandelt. Der greise Staatsmann beginnt den ersten Theil seiner Aufschriebe mit der Bemerkung, es möge gesagt werden, daß England während der letzten zwei Jahre bei einem Ruhepunkte in seinem politischen Fortschritte angelangt sei. Dann skizziert er in raschen Umrissen die Geschichte der Beziehungen Großbritanniens und der Türkei, schließend mit seiner Depeche an Sir Henry Bulwer im September 1860, in welcher er in sehr nachdrücklicher Sprache die Korruption und Untüchtigkeit der türkischen

Pariser Diebe, Einbrecher und Mörder. *)

Von
Gustav Rasch.

Habsucht ist selten das Motiv des pariser Diebes. Der pariser Dieb sammelt selten Geld aus seinem Diebstahl. Es giebt in Paris reiche Bettler; besonders unter den Blinden; wohlhabende oder auch nur beständige Diebe giebt es nie. Der pariser Dieb ist genussüchtig, verschwenderisch, sogar großmüthig. Ein altes pariser Sprichwort sagt: „Verschwenderisch, wie ein Dieb.“ Das Sprichwort hat Recht. Sobald ein Dieb einen guten Griff gemacht hat, wirft er das gestohlene Geld nach allen Seiten hinaus. Er „hat das Herz auf der Hand“, wie man zu sagen pflegt; er ladet alle Welt ein; er kann Niemand das Geringste abschlagen; er bezahlt seine Schulden; er kleidet seine Kameraden; er giebt so lange Geld aus, wie er Geld in der Tasche hat.

Das gestohlene Geld scheint für den pariser Dieb gar keinen Werth zu haben. Er befriedigt alle möglichen Gelüste; er besucht die besten Restaurants, nimmt sich irgend eine Dirne mit, verzehrt mit ihr die theuersten Schüsseln und die besten Weine und schenkt der Dirne, was sie zu haben wünscht. Als F. i. r. o. n. die Dienstmagd des Herrn von Tessans ermordet und das ganze Quartier ausgeräumt hatte, bestand seine erste Sorge darin, für das Kind seiner Geliebten Bonbons und Zuckerwerk zu kaufen. Ein Dieb, der in der Menge ein Portemonnaie mit 50 Francs gestohlen hatte, ging in den nächsten Schnapsladen, trank Brantwein, spielte und griff sich dann eine siederliche Dirne auf. Mit ihr vergnügte er die 50 Francs auf den letzten Sou bis zum andern Morgen. Dann ging er „auf neue Arbeit“ aus. Die pariser Diebe nennen ihr Handwerk „arbeiten“.

Ein anderer berühmter Spitzbube, der das Handwerk im Großen trieb, gewann im Spiel 10,000 Francs. Er begab sich mit einem Frauenzimmer, welches damals in Paris sehr in der Mode und ebenso berüchtigt war — ihr Vater war Fälscher, ihr Bruder Sträfling — in die Maison d'or, aß und trank mit ihr die theuersten Speisen und Weine, spielte, fuhr spazieren und verzehrte und verschwendete, bis die 10,000 Francs bis zum letzten Sou vergeudet waren.

Die bekannten pariser Diebe wissen, daß sie unausführlich von der Polizei überwacht werden; sie wissen, daß ihre Geldverschwendung nach einem begangenen Diebstahl sie bestimmt in die Hände der Polizei liefert, sobald die erste Geldverschwendung bekannt wird. Trotzdem vergeuden sie die gestohlenen Summen in der auffallendsten Weise.

*) Nachdruck verboten.

Sie kaufen sich neue Anzüge von schreienden Farben, behängen sich mit kostbaren Uhren und Ketten, bestechen sich die Finger mit Ringen und kaufen sich die unüthigsten Dinge zusammen, während sie nicht einmal ein Obdach haben, sondern „bei den schönen Sternen“ schlafen. Sie wissen, es bleiben ihnen nur einige Tage bis zur nächsten Verhaftung, und die paar Tage wollen sie in jeder Weise genießen. Wozu sich um eine Wohnung bekümmern? In einigen Tagen haben sie in Mazas umsonst eine Wohnung, welche allen ihren Bedürfnissen genügt.

Oft treiben die pariser Verbrecher die sonderbarsten Motive und Gelüste zum Diebstahl, zum Einbruch und zum Mord. Im Jahre 1846 wurde in Paris in der Nacht vom 21. zum 22. Septbr. in der Rue Moineaux eine bekannte reiche Wittve, Madame Dacle, ermordet. Nach wenigen Tagen waren sämmtliche Schuldige, welche sich durch die unsinnigste Vergeudung des geraubten Geldes verrathen hatten, in den Händen der Polizei. Unter den Mördern befand sich auch eine Frau Dubos. Als sie auf der Polizeipräfektur befragt wurde, weshalb sie zu dem Mord mitgeholfen habe, sagte sie ganz einfach: „Um schöne Mützen tragen zu können.“ Sie hatte auch wirklich bereits einen großen Vorrath von schönen Mützen angekauft. Ein Kammerdiener des Marquis de S. hatte zwei sonderbare Gelüste neben einander. Das Eine bestand darin, die feinsten Wäsche zu tragen; das andere, junge Gemüse außerhalb der Saison zu essen, wo sie wuchsen. Sein Gehalt — 6000 Francs außer seinen Nebeneinkünften und außerdem, um was er seinen Herrn bestahl — verstattete ihm, beiden Gelüsten ganz nach seinem Belieben zu fröhnen. Da kam eine neue Ausgabe, welche ihm gewisse Einschränkungen zur Nothwendigkeit machte. Er hatte ein uneheliches Kind, für welches er bis dahin eine sehr mäßige Pension bezahlte. Als das Mädchen heranwuchs, wurde diese Ausgabe größer. Das Mädchen zog zu ihm in seine Wohnung. Die Ausgaben für seine Tochter legten ihm in seiner Verschwendung für junge, kostbare Gemüse und für seine Wäsche einige Einschränkungen auf. Was that er, um sich von diesen Einschränkungen zu befreien? Er räumte die Unglückliche bei Seite, er tödtete sie. Sein Vertheidiger plaidirte vor den Geschworenen auf Strafmilderung wegen Geistesverwirrung. Die Geschworenen nahmen ein Schuldig mit mildernden Umständen an. Der Gerichtshof verurtheilte den Kammerdiener des Marquis von S. nicht zum Tode, sondern zur Strafarbeit auf Lebenszeit.

Zuweilen vereinigt mit solchen sonderbaren Gelüsten das Verbrechen eine unglückliche Rohheit, welche der Mensch neben oder gar unter das Thier stellt. Roufflier, ein junger Mensch von zwei und zwanzig Jahre, tödtete seine leibliche Mutter durch viele Messerstiche,

wenn ich nicht irre, durch sechs und fünfzig. Als der Mord vollbracht war, legte er sich neben die Leiche und schlief, „ermüdet durch seine Arbeit“, ein, und verbrachte „eine gute Nacht.“ Ein gewisser Terno erdrosselte in der Nähe von St. Denis ein junges Kind von drei Jahren, nachdem er und sein Genosse Namens Caster, das Kind in der abscheulichsten Weise gemißbraucht hatten. Terno war sechsundachtzig Jahre alt. Aber solche Grausamkeiten sind bei jungen Verbrechern selten; weit häufiger kommen sie bei alten Leuten vor, welche, wie man zu sagen pflegt, „im Verbrechen grau geworden sind.“ Stufenweis sind sie auf ihrer verbrecherischen Laufbahn fortgeschritten, vom Vergehen zum Verbrechen, vom Diebstahl zum Raube und zum Mord. Sie schrecken vor keiner Schandthat mehr zurück. Sie machen aus dem Verbrechen ein Handwerk, ein Geschäft, welches seine guten und schlechten Seiten und Chancen hat. Sie sagen: „Es giebt Streich, sie besagen sich, wenn das Geschäft nicht geht, über „die todte Saison“ sie sind Diebe, Räuber und Mörder, wie andere ehrliche Leute Schloffer, Schmiede und Schuster sind; sie reden von ihrem Diebeshandwerk und Mörderhandwerk, wie ein Künstler von seiner Kunst. Ein alter Jude, berüchtigt wegen seiner Diebstahle, Einbrüche und Mordverbrechen, denen er aus Mangel an Beweis, niemals hatte zum Schaffott bringen können, begegnete an einem heitern Frühlingsmorgen einigen jungen Dieben, Bewunderer seiner Großthaten in den elysischen Feldern. „Wie geht's, Papa Cornu?“ fragen die jungen Diebe den alten Einbrecher, Mörder und Räuber. „Was macht Ihr? Wie geht's Arbeit?“

„Toujours la grande soulasse, mes enfants, toujours la grande soulasse!“ antwortete der alte, ergaunte Verbrecher seinem jungen Kameraden mit einem Anstrich von freundlicher Gutmüthigkeit.

„La grande soulasse“ bedeutet in der pariser Diebesprache „Einbruch mit Mord.“

Der Einbruch mit Mord war das Handwerk Cornu's.

Verdure, ein berühmter pariser Dieb und Einbrecher, sah seinen einzigen Bruder auf dem Schaffot sterben, wohin ihn eine lange Reihe von Verbrechen geführt hatten. Als er von der Hinrichtung kam, erwarteten ihn in einer Weinschenke ein halbes Duzend seiner Kameraden. Nachdem er ihnen die Hinrichtungsszene geschildert hatte, zeigte er ihnen lachend vier Uhren und eine mit Gold gefüllte Börse, die er, während der Hänger an seinem Bruder, „seine Arbeit“ vollbracht hatte, „eigene Arbeit“ gewann.

„Die schlimmsten Wege führen zur Hölle“, sagen die französischen Bauern. Die Verbrecher wissen das! Auch ihre schlimmsten Wege führen sie schließlich ganz bestimmt ins Gefängniß, in die Bagnes, in die Bagno's, in die Straflonien und zuletzt auf den

Regierung tabell. Er fügt hinzu: „Ich habe in dieser Depesche bemerkt, daß wenn kein Geld im Wege der Anleihe erlangt wird, ein Tag der Reform kommen mag; wenn Geld im Wege der Anleihe erlangt wird und kein Systemwechsel eintritt, werde sicherlich ein Tag der Revolution kommen. Diese im September 1860 geschriebenen Worte, unterstützt wie sie wurden von Lord Palmerston, waren sicherlich warnend genug und doch erklärten 15 Jahre später auswärtige Journalisten trotz dieser und anderer in noch stärkeren Ausdrücken abgefaßter Depeschen, daß ich furchtsam zusah, den Sultan und seine Minister niemals vor ihren Verbrechen und Vergehen warnte oder sie auf die sicherlich folgende Wiedervergeltung vorbereitete. Der zweite Theil der Broschüre erörtert die Fragen: „Ist das türkische Reich der Erhaltung werth?“ und wenn nicht, „was soll an seine Stelle gesetzt werden?“ Auf die erste Frage ertheilt Lord Russell eine verneinende Antwort; seine Schlussfolgerung ist: „nicht daß wir die Türkei angreifen sondern aufhören sollten in ihrer Verteidigung zu handeln.“ Lord Russell fährt fort: Es ist leicht denkbar, daß Abtheilungen österreichischer, russischer, deutscher, britischer und französischer Truppen die irregulären Streitkräfte der bergewinnischen Injungen niederwerfen dürften; aber daß die Streitkräfte von 4, 5 oder selbst 6 der europäischen Großmächte die Uebel der Türkei verbessern und durch ihre Agenten die interne Regierung eines großen Staates leiten sollten, erscheint mir als eine wilde und hoffnungslose Aufgabe. Ich werde demnach im zweiten Theile dieses Aufsatze die Frage „was, wenn das türkische Reich nicht länger durch fremde Truppen aufrecht erhalten werden solle, an seiner Stelle gesetzt werden sollte“, zu beantworten versuchen. Lord Russell glaubt, daß die Vorschläge Oesterreichs und Russlands ermangeln müssen, eine Reform der türkischen Regierung zu bewerkstelligen, weil der Sultan keine Männer habe, denen die Ausführung derselben anvertraut werden könne. Ich muß demnach folgern — fährt er fort — daß es nur ein Hilfsmittel giebt und dieses ist: den Souverän zu wechseln, die Krone auf das Haupt eines Christen zu setzen und den Sultan einer mit Wahrheit und Gerechtigkeit, Religion und Frömmigkeit, Frieden und Glückseligkeit unvertäglich Herrschaft zu berauben. Die Bedingung, auf welche wir bestehen sollen, ist die in jeder Hinsicht wirkliche und wesentliche Gleichstellung der christlichen und mohamedanischen Unterthanen des Sultans. Christliche Richter müßten die Rechtspflege in den türkischen Gerichtshöfen üben; christliche wie mohamedanische Minister die für Heer und Flotte erforderlichen Subsidien einsammeln. Im dritten Theile seiner Schrift gelangt Lord Russell zu folgenden allgemeinen Schlüssen:

Es schien mir, viel über diese Dinge nachdenkend, wie Lord Brougham zu sagen pflegte, daß eine Vision vor meinen Augen vorüberzog. Erstens: Sechs Herren saßen an einem grünen Tisch herum; dieselben repräsentirten Oesterreich, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien und Rußland. Ein Schriftstück wurde ihnen vorgelegt, welches den Titel trug: „Urkunden eines Allianzvertrages für die Regeling des türkischen Reiches in Europa.“ Dieser Vertrag begann mit einem Artikel für die Bildung eines Bundes, genannt der „Donaubund.“ Es war somit in einiger Hinsicht eine Nachahmung des Rheinbundes des französischen Kaiserreichs. Aber während der Rheinbund zum Zwecke der Vernichtung der Unabhängigkeit eines jeden Staates, welcher ihm angehörte, geschaffen wurde, bezweckte der gegenwärtige Vertrag die Herstellung und Bestätigung der Unabhängigkeit eines jeden Gliedes des Bundes. Zweitens, die Glieder des Bundes sollten sein: 1. Serbien, Hauptstadt Belgrad, regierender Fürst: Fürst Milan. 2. Kroatien und Herzegowina, Hauptstadt Ragusa, regierender Fürst: ein österreichischer Erzherzog. 3. Rumänien, die Wallachei und Moldau umfassend, Hauptstadt Bukarest, regierender Fürst: Fürst Karl. 4. Die Bulgarei, Hauptstadt Adrianopel, regierender Fürst: ein vom Kaiser von Oesterreich ernannter Erzherzog. 5. Das Königreich Griechenland, Thessalien und Epirus umfassend, Hauptstadt Athen, regierender Fürst: der König von Griechenland. Die übrige Vision hatte viel von der Unbestimmtheit eines Traumes an sich, zeigte mir aber einen Protektor des Donaubundes, repräsentirt durch den Kaiser von Oesterreich. Es schien auch, daß die gegenwärtige Beschränkung und Begrenzungen, welche das Einlaufen von Kriegsschiffen in das schwarze Meer ver-

Schaffott. Selten macht Einer von den pariser Verbrechern durch Energie, Schlanheit oder durch Glückszufälle in diesem Gange der Dinge eine Ausnahme. Aber es kommen doch nur dann und wann Ausnahmen vor. Unter diesen Ausnahmen gehört ein gewisser Piednoir, der zu seiner Zeit in der pariser Verbrechervelt eine Berühmtheit war. Er zählte damals fünf und zwanzig Jahre. Heute ist Piednoir sechs und sechzig Jahre alt, und lebt in sehr wohlhabenden Verhältnissen in einer holländischen Stadt — von den Kapitalien seiner Diebstähle, die er sich während seines langen Verbrecherlebens, eine Ausnahme von den pariser Spitzbuben, aufgesammelt und in Sicherheit gebracht hat.

Piednoir war kein Mörder. Er kannte den Code penal ganz genau, und wagte niemals sein Kopf. Er begnügte sich mit dem Diebstahl durch Einbruch oder mittelst Nachschlüssel; aber er war Meister in seiner Kunst. Niemals gelang es der Polizei, seiner habhaft zu werden. Vom 10. Oktober 1834 bis zum 22. August 1843 entging er nicht weniger als ein und zwanzig Verhaftungsbefehlen. Piednoir hatte immer eine Menge Diebe unter seinem Befehle. Sie bereiteten nach seinen Angaben seine Diebstähle vor. Sobald alle Vorbereitungen getroffen und die Angelegenheit hinreichend „genährt“ war, wie es in der Diebesprache heißt, so nahm Piednoir die letzte Ausführung des Geschäftes selbst in die Hand. Mit meisterhafter Geschicklichkeit führte er den Diebstahl aus, und vertheilte die gestohlenen Summen und Kostbarkeiten unter seine Gehilfen, indem er sich selbst natürlich immer den Löwenanteil vorbehielt.

Piednoir hatte treffliche Manieren und führte ein elegantes und vornehmer Leben. Er bedauerte oft bitter, daß man ihn als Kind die Ohren behufs Tragens von Ohrringen durchstochen habe, weil ihm dies ein etwas gemeines Aussehen gab. Nur ein Straferkenntniß liegt in Frankreich gegen Piednoir vor. Es lautet auf zwanzig Jahr Strafarbeit, mußte aber „in contumaciam“ erlassen werden, da es der Polizei nicht gelang, sich des schlauen Spitzbuben zu bemächtigen und ihn vor die Assisen zu führen. Bei der Verhandlung der Sache vor dem Schwurgericht zeigten seine Genossen, welche ergriffen waren, gegen ihren Chef eine große an Ehrerbietung gränzende Achtung und Ergebenheit. Einer von ihnen, er habe zweimal die Ehre gehabt, mit seinem Chef in Verbindung zu stehen, um von ihm Verhaltungsbefehle in Betreff eines in Vorbereitung gewesenen Diebstahls zu empfangen. Das eine Mal habe er ihn in ein Winkel der Rue Nicolas getroffen, um ein Uhr Abends. Piednoir sei als Lumpenjammer gekleidet gewesen; das andere Mal vor dem Café de Paris, wo sein Chef dinst habe. Er sei in Ulbury vorgefahren, und habe ihn, da er als Zeitler gekleidet gewesen sei, ein in ein Stück Papier gewickeltes

bieten, gänzlich aufgehoben waren. Odeffa und Sebastopol waren den Schiffen aller Nationen ebenso offen, als die Durchfahrt vom britischen Kanal nach dem atlantischen Ocean. Ich erwähnte, daß die Königin von Großbritannien ihre Absicht erklärte, der Protektor des Donaubundes zur See zu sein, wie der Kaiser von Oesterreich es zu Lande sein würde und in den Pausen meines Traumes hörte ich den Chor: „Rule Britannia, Britannia rules the waves!“

Rußland und Polen.

□ **Kolo.** 13. August. [Wirtschaftl. Verhältnisse der Bauern. Zur russischen Kriegsbereitschaft.] Wenn man Berichte liest, die von schlecht unterrichteten oder absichtlich irreführenden Korrespondenten über die materielle Lage der Bauern in Rußland in die Welt geschickt werden, so müßte man glauben, die russischen Bauern lebten in einem Eldorado. Und doch sind die Sachen ganz anders, als man sie irrtümlich oder absichtlich darzustellen sucht. Ich bin in der Lage „auf Grund eigener Anschauung, und gestützt auf zuverlässige statistische Tabellen“ sagen zu können, daß die russische Bauernschaft in ihren landwirthschaftlichen Verhältnissen nicht im Vorschein, sondern im Rückschritt begriffen ist, so daß — als Belag im vorigen Jahre in drei Gouvernements nur in 78 Kreisen der Bodenrtrag der Bauernwirtschaften die Abgaben deckte, in 228 Kreisen dagegen viel geringer war, so daß die Rußikalbesitzer das Fehlende zu den Abgaben durch Arbeiten in Fabriken oder auf andere Weise zu erwerben suchen mußten. Auch hat sich während mehrerer Jahre herausgestellt, daß der bäuerliche Boden im Durchschnitt — während die Domänen 5 Korn der Aussaat (d. h. für ein ausgesätes fünf Korn-Ernte) erzielten, — nur 3 Korn brachte. Bei uns sind die Verhältnisse, obgleich das Agr. Polen ein viel höheres Prozent an Steuern zahlt als Rußland, doch günstiger. Die Ursachen zu dem steigenden Verfall der landwirthschaftlichen Verhältnisse in Rußland werde ich einen ausführlicheren Bericht spezieller durch Zahlen belegen. Vorläufig mag hier nur bemerkt sein, wie die Umstände, daß die einzelnen separirten Bauernwirtschaften im Verhältnis zu den ihnen auferlegten Abgaben zu wenig Land erhalten haben, daß die Separation noch nicht erfolgt ist und die Bodenkünte noch zusammen liegen, sehr lähmend auf die landwirthschaftlichen Verhältnisse der Bauern wirken. Einer Chauvinistischen Brählerei, wonach Rußland drei Millionen Soldaten ins Feld stellen und durch drei Jahre vollständig erhalten kann, will ich nur die Frage gegenüberstellen, ob die kriegslustigen Zeitungen wie der „Ruski Mir“ u. d. h. ihren Behauptungen auch erlangen haben, daß Rußland nur 20 Mill. Stück Zug- und Schlachtvieh besitzt — (Polen besitzt ein Zehntel davon) — und daß dies Vieh zu zwei Dritteln einer sehr kleinen Viehtrache angehört, also ein geringes Gewicht repräsentirt. Rußland ist also durchaus nicht in der Lage, für einen längeren Krieg auch nur die erforderlichen Lebensmittel und Fleischportionen für die Truppen zu beschaffen, falls nicht sein ganzer Viehbestand ruiniert werden soll.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die neuerdings, wenn auch sparsam vom Kriegsschauplatz eintretenden Nachrichten lassen an dem festen Willen der serbischen Regierung, bis zur eigenen Erschöpfung dem Schwerte die Entscheidung zu überlassen, keinen Zweifel mehr auskommen. Nach einer Privatdepesche der „Post“ aus Belgrad, vom 16. d., dementirt nun auch das dortige amtliche Blatt das Gerücht von einer Ministerkrisis entschieden; der Krieg werde energisch fortgeführt werden, die Mediation sei augenblicklich gegenstandslos und erst nach der Entscheidungsschlacht denkbar. Der Ausschuss der Stupschina habe am 16. zwei Sitzungen abgehalten. Der Fürst bleibe in Belgrad bis nach der Taufe des Prinzen, die nach dem Eintreffen des Vertreters des Czaren stattfinden wird; sodann reise der Fürst zur Drinaarmee und in's Hauptquartier. — Die Türkei habe mittelbar ihre Friedensbedingungen in Belgrad bekannt geben lassen; über die Aufnahme derselben verlautet nichts. — Kapitän Ferry vom pariser „Figaro“, Starzengruber von

Zweifelsstücke zugeworfen. Auf dem Papier hätte er seine Verhaltungsbefehle gefunden.

* **Die Legende von Richard Wagner** — unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Henri Rochefort in den „Droits de l'Homme“ folgenden Artikel:

„Ich glaube, Frankreich zu lieben, obgleich es nicht immer liebenswürdig ist. Ich kann versichern, daß ich, wenn ich in Metz gewesen wäre, nicht wie der General Bourbaki die Stadt als Lazarethbienen verkleidet verlassen hätte, um in London zu konspiriren und nützlicher als Bazaine mich mit ein wenig Brot und einem Stückchen Käse begnügt hätte, statt an der Tafel des Prinzen Friedrich Karl Bouards zu verweilen. Gleichwohl scheint es mir an der Zeit, mit der Legende von der Undankbarkeit Richard Wagners einmal aufzuräumen. Im Jahre 1849 zum Tode verurtheilt, hat sich Wagner zu uns geflüchtet und die Regierung hat ihn nicht ausgeliefert. Das hätte aber auch keine andere Regierung gethan. Die Auslieferung eines politischen Verbannten ist ein entehrender Akt, welchen selbst eine despotische Regierung nur selten auf ihr Gewissen nimmt. Man weiß, welche Aufnahme Jules Favre bei der schweizerischen Republik fand, als er Nazna, einen ehemaligen Abgeordneten von Paris, zurückverlangte; weniger bekannt ist, daß, als der Herzog Decazes vor nicht langer Zeit verlangte, daß Henri Rochefort in einer Stadt der Centralbahn internirt würde, der Bundesrath auf diese spasshafte Zumuthung die nicht minder lustige Antwort gab: „Wie, Sie haben ihn nicht verbannen können, von der Halbinsel Nicos zu entweichen, und Sie verlangen, daß wir ihn verbannen, Nürnberg oder Freiburg zu verlassen?“ Herr Wagner hat also bei uns nur den Schutz des Völkerrechts genossen. Wahrhaft erstaunlich ist es aber, wenn Franzosen sich über die Flugschriften wundern, welche der deutsche Komponist gegen sie geschrieben hat. Ich war in der Oper bei der denkwürdigen Aufführung des „Tannhäuser“. Damals war noch von keinem Krieg von 1870 die Rede und der künftige Verfasser der „Nibelungen“ war lediglich ein Arbeitsmann, der uns ein Werk vorlegte, über welches er gar manche Nacht verbracht und auf das er kühne Hoffnungen gesetzt hatte.

Nun denn, ich erkläre es ganz offen, niemals war ich so nahe, als an diesem schmachlichen Abend, mein Vaterland zu verlassen. Der „Tannhäuser“, der gegenwärtig in ganz Europa gespielt und applaudirt wird, wurde von der ersten Note bis zur letzten ohne Prüfung und ohne erklärenden Grund von einem Saale ausgepfiffen, der durchaus von blöden Lebemännern und ange-trunkenen Schlemmern gefüllt war. Ich saß grade im Parquet neben einem der berühmtesten Nadelsticker dieser elenden Verführung. Dieser Sportsman, dessen ganzer Verstand auf die Kunst dressirt war, den Pferden einen Strohwisch unter den Schwanz zu binden und der seitdem dem doppelten Rauch „des Champagners und der Liebe“ erlegen ist, trug an seinem Knopfloche eine silberne Pfeife, deren greller Ton zur großen Belustigung der Verschwornen mitten in alle Orchesterstimmen fuhr. Man lachte, man schrie, man gähnte so geräuschvoll, als es die Kammlade nur erlaubte. Die „kaiserliche Akademie der Musik“ war ein Ableger des kleinen Lazari (eines Winkeltheaters im Luxemburggarten) geworden. Einige von uns erzürnten sich umsonst über

der „Neuen freien Presse“ und drei andere Korrespondenten sind am 16. d. Mts. ausgewiesen worden. Möglic, daß der Einfluß Tchernajeffs und der Kriegspartei in Belgrad — ferner das erfreuliche Ereigniß der Geburt eines Thronfolgers, und endlich die Sprache, die der im Kabinett des Fürsten Milan zur Zeit weilende Vertreter Montenegro's, Berbica, im Namen des Verbündeten Nikita führte, den Entschluß zur Fortsetzung des Krieges gereift haben. Die durch den Letzteren abgegebene Erklärung lautet nach serbischer Version:

„Die Fürsten Nikolaus und Milan, ihre Regierungen, sowie die Herzoginwaier und Bosnier werden nie mit der Pforte Frieden schließen, bevor nicht entweder die Türken aus den serbischen Ländern verjagt sind oder das serbische Volk gänzlich massakrirt ist. Die allirten Fürstenthümer führen den Krieg bis zum letzten Mann; Gelbheile wird ihnen die Slavennacht nicht verjagen. Die Beilegung einiger serbischen Dörfer seitens der Türken ist noch keine Niederlage. In der serbischen Armee herrscht der Enthusiasmus fort; die jetzige Stellung der Hauptarmee muß zu einer Niederlage der Türken führen. In Eilmärschen rücken die Montenegriner heran, um Djeladin Pascha zu schlagen; sie werden dann Altserbien besetzen. Beide Fürsten werden sich siegreich die Hand reichen. Die Czernagorzen sind Oesterreich-Ungarn für die Sperrung des Hafens von Klek dankbar. Das Waffeneinfuhrverbot wird durch die Erbeutung türkischer Waffen ersetzt. Die Gerüchte von einer Ministerkrisis kommen von den Feinden der Serben. Wenn England die Türkei mit Geld unterstützt, so wird die slavische Welt die Serben und Czernagorzen nicht verlassen.“

Für die weiteren Beschlüsse über die Kriegführung wird die Stimmung in dem soeben zusammengetretenen Siebzehnerausschuß der Stupschina sein, von dessen Bereitwilligkeit, die Mittel zur Fortsetzung des Kampfes zu bewilligen, Nikit selbst noch gar so sehr überzeugt sein soll. Inzwischen hat sich die serbische Regierung genöthigt gesehen, einen Steuerzuschlag von der achten Steuerklasse anfangend, auszusprechen, dessen Betrag binnen fünfzehn Tagen erledigt sein muß.

Die Niederlage, welche die Türken am 14. durch die Montenegriner bei Kuci und Podgoriza erlitten haben, scheint bedeutender zu sein, als anfangs angenommen wurde. Indes droht auf dieser Seite den Slaven ein neuer Feind. Aus Triest vom 14. wird telegraphirt: „Der Miriditenhäuptling Prent (der bisher als Geisel für das ruhige Verhalten seines Stammes in Konstantinopel festgehalten wurde) ist mit dem Lloydampfer „Mars“ von Konstantinopel in Korfu angekommen und nach Albanien weitergereist. Er hat sich mit der Pforte verständigt, an der Spitze der Miriditen gegen Montenegro zu kämpfen. Prent's Freilassung und Reise wurde sehr geheim gehalten. Er ist 22 Jahre alt, sieht elegant aus und wird von den Lloydpassagieren als sehr gebildet geschildert.“ Diese Unterstützung Seitens der römisch-katholischen Stämme Albanien's, die in ihrem Verhalten fast ausnahmslos den Miriditen zu folgen pflegen, scheint die Frucht des jüngst gemeldeten Einverständnisses der Pforte mit dem Vatikan zu sein, nach dessen Anschauungen bekanntlich dem Rechtgläubigen der Ungläubige näher steht als der Schismatiker und Keger.

In Konstantinopel scheint man wieder einer Verschwörung auf der Spur zu sein. Neuerdings ist der frühere Gouverneur von Jerusalem, Iszet Pascha, verhaftet worden. Wie verlautet steht dies in Zusammenhang mit einem Plane, das gegenwärtige Regime zu Gunsten des Prinzen Jusuf Iseddin, ältesten Sohn des Sultans Abdul Aziz umzustürzen. Es sind bedeutende Arrestationen vorgenommen worden unter Softas und namentlich unter Offizieren. Der wiener „Presse“ schreibt man aus Rußschuk vom 11. d. Folgendes:

Gestern Abend wurden hier drei Bulgaren, zwei aus Trnawa und einer aus Karlowo gebürtig, zum Tode durch den Strang verurtheilt und auch allsogleich gehängt oder vielmehr strangulirt. Die Hinrichtung erfolgte in einer Weise, welche in einem zivilisirten Staate den Unwillen der Bevölkerung, wenn nicht die Empörung der Besserdenkenden hervorgerufen hätte. Der eine der Delinquenten triß dreimal ab und fiel zu Boden, immer wieder wurde er in die Höh

diese Saturnalia des Gedenktums. Die Idioten, die mit dem Entschlusse herbeigelaufen waren, einen Mann zu verurtheilen, ohne ihn anzuhören, sagten sich nicht einmal, daß, wenn die Partitur, die sie jetzt mit ihren thierischen Rufen ersticken, nicht als eine wirklich werthvolle anerkannt würde, die ganze Wucht ihrer Ineffekten und faulen Aepfel auf ihre eigenen Bestiengeichter zurückfallen würde. Frau v. Metternich allein lachte mit fanatischem Beifall dem Meister an den ihn begeisternden Dummköpfen zu rächen. Sie hat sich in meinen Augen an diesem Abend für die zahlreichen Besuche losgekauft, welche sie das Unrecht hatte, einer spanischen Bastardin an einem üblen Orte zu erstatten, den man damals die Tuilerien nannte, welches Gebäude man übrigens in diesem Augenblicke wieder aufzurichten im Begriff ist.

Und wäre er die Bescheidenheit selbst, welche Meinung mußte Richard Wagner von einer Matrone mitnehmen, die einer solchen summarischen Hinrichtung fähig ist? Wir haben Richard Wagner, indem wir die Fußschmel auf die Bühne warfen, von welcher seine Oper erlang, zu wissen gethan, daß wir ihn nicht anhören wollten; er hat uns in seinen Broschüren geantwortet, daß wir in der Musik ebenso stark sind, wie in der Kriegskunst. Nun denn, heute müssen wir anerkennen, daß dieser Tournier nicht zu unsern Gunsten ausgefallen ist, weil wir uns über seine Talente getäuscht haben, während er leider in Bezug auf die unsrigen nicht fehl gegangen ist. Unsere Krankheit ist, daß wir uns für unsehbar halten. Wie groß auch die Annahme Wagner's sein mag, sie reicht noch nicht das Wasser dem unermeßlichen Hochmuth des in allen Wahlen abgetrumpften Büffel und des mit Hypothesen beladenen Broglie. Wagner erklärte, als er in die künstlerische Rennbahn hinabstieg, er werde als Sieger oder todt zurückkommen. Er ist in der That als Sieger zurückgekommen und hat sich nun berechtigt gehalten, die Pfeisen dem General Ducrot beizumischen, der weder das eine, noch das andere gewesen ist. Wenn ein Volk auf der Welt das Recht verloren hat, diesem Deutschen seine Schamungslosigkeit vorzuwerfen, so ist es das französische Volk, welches sich selbst gegen ihn so unerträglich gezeigt hat.

Dagegen ergiebt im „XIX. Siècle“ Edmond About, der in jeder Art von bloßem Chauvinismus der Erste sein muß, sein ganzes Schimpfexikon über Wagner. Er nennt ihn in einem Artikel von nicht mehr als dreißig Zeilen „einen verdorbenen Revolutionär, einen elenden Flüchtling, einen undankbaren Gast des pariser Pflasters, einen wüsten Schwimmer in dem Rinnstein der Rue Lepelletier, einen Erzlatophonen, einen Heroe ohne Wig, ohne Heiterkeit und ohne Melodie, einen unfehligen, eiskalten Störenfried, den im Staube friedenden Feind Frankreichs, der sich lange mit dem Abbübe unserer Tafel gemästet“ u. s. w. und schließt dann diese Insultensymphonie mit folgendem bei den Haaren herbeigezogenen Finale:

Sechs Jahre und einige Tage nach der ruhmvollen Niederlage bei Reichshausen kanonirt Herr Wagner mit seinem Jamen Blech auf den Kaiser Wilhelm und fünfzehn oder zwanzig seiner obersten Basallen los. Wohl bekomm's ihnen! Uns aber, die wir gute Franzosen find, kann diese vorgebliche Musik nur geringfügig, hart an Etel streifende Gleichgültigkeit einflößen. Wir würden unsere Leser zu beleidigen glauben, wenn wir ihnen die Bravos, die Hervorrufe und die Kränge vorrechneten, mit welchen das feudale Deutschland den unmelodischen aller Notenfresser, den albernsten aller Poeten, den lächerlichsten aller Zahnärzte (!) überhäuft.“

gehoben, bis zum drittenmale sich ein Bapthel des Gemarteten er-
barmte, den Strid dreifach aufsummdrehte und so endlich die Mar-
ter des Gequälten endete. Es ist traurig genug, wenn die Behörde
nicht in der Lage ist, sich zu solchen obnehin an sich schauerlichen
Justifikationen mit einem verlässlichen Stränge und einem geschick-
teren Folterknecht zu versehen. Es ist selbstverständlich, daß infolge
solcher Ereignisse unter der christlichen Bevölkerung allerlei Ge-
rächte kolportiert werden. Man habe sich absichtlich so sagen
jetzt die Bulgaren — eines morischen halbdurchschnittenen Stran-
ges bedient, um einen Christen zu quälen. Die muhamedanische
Bevölkerung soll sich, wie mir ein zuverlässiger Augenzeuge der
Hinterziehung berichtete, bei dieser Gelegenheit in einer empfinden
Weise benommen haben. Allenhalben wurden Ausbrüche der
Schadenfreude und Verhöhnungen gehört. „Heut sie Alle! Diese
Sch...“ Ein eigenes Kaiserthum wollen sie? — Auf den
Galgen mit ihnen! u. s. w. Ein türkischer Offizier vernies einem
Türken bei dieser Gelegenheit seine Verhöhnungen und bemerkte ihm:
„Unsere Leute frohlocken; sie thun aber unrecht, sie sollen lieber ihre
Augen zu Boden schlagen, denn dieses Vorgehen wird für uns noch
schlechte Früchte tragen.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. August

Mit Bezug auf die Nachricht der „Ostsee-Ztg.“, daß mehrere
staats-treue Geistliche unserer Provinz das ihnen von dem
ehemaligen Erzbischof Ledochowski zugesandte Admonitions-
schreiben der Behörde übergeben haben, schreibt die „Germania“,
die die Bedeutung dieses Schrittes gern vertuschen möchte:

Und darauf können sich die Herren „Kulturkämpfer“ auch ver-
lassen: mehr Geistliche bekommen sie jetzt nicht mehr in der
Provinz Posen auf ihre Seite; eher mögen sie befürchten, daß auch
die fünf „Treuen“ über kurz oder lang noch zu einem halben herab-
schmelzen! Denn was immer von Gewalt (!) und Verlockungen (!)
angewendet werden konnte, das ist längst zur Anwendung gebracht
worden in dieser Provinz, welche man mit Recht das „Irland
des Kontinents“ nennen kann! Aber was hat Alles geholfen?
Diejenigen Gemeinden, deren Pfarrer gestorben, „abgesetzt“ oder
vertrieben sind, haben auch jetzt noch ihre an sie ausgetheilten Seel-
sorger; die „ausgewiesenen“ Geistlichen gehen in Bauernklei-
dern umher und pastoren die ihnen zugetheilte Herde mit viel-
leicht noch größerem Eifer, als sie früher in ihrer eigenen Ge-
meinde gethan hatten — kurzum gerade die Provinz Posen ist das
Prototyp des jammervollen „Irlands“, welches der „Kulturkampf“ je
und irgendwo gemacht hat!

Die „Germania“ scheint sich von dem letzten ultramontanen
Erzbe in Pomeranien sehr viel zu versprechen, der offenbar nur dazu in
Szena gesetzt worden ist, um die zahlreichen staats-treuen Geistlichen,
die mit ihrer Ueberzeugung nicht offen hervortreten wollen, für die
Zukunft noch mehr einzuschüchtern. Uebrigens dürfte die
polnisch-nationale Partei der „Germania“ schwerlich dafür dankbar
sein, daß sie unsere Provinz das „Irland des Kontinents“
nennt, gegen welche Bezeichnung die liberalen Polen schon mehrfach
mit Entrüstung protestirt haben. Nur der ultramontane „Kurier
Poznański“, der Trabanten der „Germania“, druckt ihre Auslassungen
voll Entzücken an hervorragender Stelle ab.

Ueber den bereits telegraphisch gemeldeten großen Brand in
Schweskau (Kr. Fraustadt), der am Mittwoch ausbrach, ist bis
jetzt noch folgende nähere Mittheilung eingetroffen.

Nachmittag um 2 Uhr brach in einem kleinen, einem Schuhmacher
gehörigen Hause Feuer aus, welches bei der gewaltigen Dürre so
rasch um sich griff, daß gegen Abend zwei Drittel der Stadt
vernichtet waren. Es stehen nur noch die Pflaasterstraße, das Ende auf
Gölns hinaus, die Aue und vom Markt 8 Häuser.

Die Propstei Lysa und Würg aus dem Defanat Gniezno
Lomo, welche bekanntlich bei dem Erzbe in Pomeranien gegenwärtig
waren und die Ergebnissadresse der Defanatsgeistlichkeit an die
geheimste Diszernverwalter nicht unterschrieben haben, veröffentlichten
in der „Gazeta Toruńska“ ein Schreiben, worin sie erklären, daß sie
jene Erklärung gar nicht zur Unterfertigung erhalten haben. Sie be-
dauern die von der ablig-ultramontanen Partei herbeigerufenen
Erzesse in Pomeranien, erklären aber, daß sie „getreu bei der Fahne der
Kirche anhalten werden und alle zu Recht bestehenden Gewalten der-
selben anerkennen, zugleich aber die Gemeindefreiheit mit Allen zerkleinern
werden, die sich vom Schooße der gemeinsamen Mutter (der Kirche)
reißen.“ Diese Erklärung, die augenscheinlich an einer gewissen
Zweideutigkeit leidet, befriedigt den hiesigen Ledochowskischen Moni-
teur ganz und gar nicht. Der „Kurier“ wirft dem Propste Lysa vor,
daß er dadurch, daß er zu dem bekannten Ablass in Pomeranien den
staats-treuen Propst Brent eingeladen habe, die Veranstaltung (?) zu
der Kirchenscheidung gab, und dadurch ebenfalls in die Exkommuni-
kation verfallen sei. Das ultramontane Blatt meint daher, daß dieser
Erklärung kein Werth beizulegen sei.

Der „Kurier“ theilt heute in der Hize einer gegen den
liberalen „Diemitt“ geführten Polemik mit, daß die Korpschäfer der
ultramontanen Partei, welche hier vor ungefähr 2 Wochen eine Be-
rathung wegen der bevorstehenden Wahlaktion gehalten haben, den
Beschluss faßten, „vor den Wahlen eine Volksversammlung
nach Posen einzuberufen, in Angelegenheiten, die seiner Zeit in dem
Programm veröffentlicht werden sollen, welches auf dieser Versamm-
lung beschlossen und eingehend diskutiert worden ist.“ Sogar die
Redner sollen für diese Volksversammlung bereits designirt sein, wie
das literale Organ voll Genugthuung hinzufügt. Offenbar handelt
es sich um eine PreSSION, die kurz vor den Wahlen auf die polnische
liberale Partei ausgeübt werden soll.

Ueber einen vorhistorischen Grabersfund zu Wroblewo
(Kr. Samter) wird uns Folgendes mitgetheilt: „Wenn auch das prä-
historische Material in unserer Provinz, besonders in den letzten Jah-
ren, sich schon ziemlich angesammelt hat, so bringen doch theils der Zu-
fall, theils einzelne im Interesse der Wissenschaft unternommenen Aus-
grabungen immer noch Neues hinzu, und eröffnen weitere interessante
Perspektiven. Dies gilt z. B. von einer Ausgrabung, welche der Gym-
nasialdirektor Dr. Schwartz am vergangenen Sonntag mit dem
Oberlehrer Dr. Wituski und einigen anderen Herren im Fortre-
vier Dobra des Mittergutes Wroblewo vorgenommen hat. Der Di-
striktskommissarius Dittlerohn aus Wronke hatte nämlich die Auf-
merksamkeit auf jene Gegend gelenkt und die Genehmigung des Be-
sizers von Wroblewo, Grafen Wenigerst-Rosilecki, zu einer Ausgra-
bung vermittelt, wie auch den dortigen Oberförster Wojcynski dafür
interessirt. Auf dem Territorium befinden sich zwei Grabersfelder; daß
eine ist, als die Stelle der Bodenkultur erschlossen wurde, meist zertrü-
bert worden, so daß es am Sonntage nicht weiter untersucht wurde. Bei
dem zweiten, nach der Grenze des Kr. Brnbaum gelegenen Grabers-
felde zeigte sich in der Steinschichtung der Gräber eine neue,
in der Provinz noch nicht bemerkte Art, eine eigenthümliche
Technik im Steinbau, der die Grabstätten mit den Urnen umgibt.
Es ist gleichsam eine Verbindung des Steinbaus der sogenannten
Hünengräber mit den gewöhnlichen Steingräbern; die Urnen, resp.
Gefäße, stehen auf einem flachen Stein, und über denselben erhebt sich
ein kuppelförmiger (nicht quadratischer, wie bei den sogenannten Steinfis-
ten-gräbern) Aufbau von ebenfalls flachen, halb senkrecht, halb schräge in
die Erde gestellten und oben über einander gefügten Platten mit einem
Decksteine darüber. Die Steine sind zu diesem Zwecke besonders ge-
halten und bestehen aus Grauwacke. Ueber und um einen solchen
Bau liegen gewöhnliche, unbenutzte Steine. Dies war die durch-
gehende Konstruktion bei den Grabstätten in Dobra; bei der am reich-
sten ausgestatteten, welche 14 Gefäße enthielt, lag Platte an Platte

und dann erst kam die Hülle der gewöhnlichen Steine. — Neben die-
sem neuen Resultate traten noch mannigfache andere interessante Be-
merkungen zu Tage. So gelang es nach allerdings mühevoller Arbeit,
das erwähnte große Grab mit den zahlreichen Gefäßen in der an-
schaulichsten Weise blozulegen, wobei eine der Urnen ein überraschen-
des Moment bot. Ein großer Dedel war mit einem Doppelsalz fast
hermetisch darauf gefügt, so daß Asche und Knochen, welche die Hälfte
der Urnen füllten, in blendendster Weiße ohne jede Vermischung von
Sand sich dem Auge so darboten, als wären sie eben hineingethan.
Wenn auch die Steintechnik bei allen 5 Gräbern, die geöffnet wurden,
dieselbe war, so traten doch im Uebrigen allerhand Verschiedenheiten
hervor; in einem Grabe stand auf dem Steine sogar nur ein Hensel-
topf mittlerer Größe und daneben lag der Knochen- und Aschenbau-
fen. Diese und ähnliche Verschiedenheiten beruhen wohl auf Standes-
und Geschlechtsunterschieden. (Wiederholt.)

Brutalität. Man schreibt uns von hier: Am Mittwoch,
etwa um 7 1/2 Uhr Abends, als mehrere Damen mit ihren 3 Kindern,
welche sich an der Hand gefaßt hatten, vom Spaziergange nach der
Stadt zurückkehrten, kamen ihnen in der Nähe des Intendanten-
Gebäudes drei (der Garberobe nach zu urtheilen) „Herren“ entgegen,
welche auf die Kinder keine Rücksicht nahmen, sie von einander rissen
und so mitten durch die Gesellschaft schritten. Als dies mit „unge-
zogen“ bezeichnet wurde, erhielt eine in gesegneten Umständen befind-
liche Dame von einem der Burischen — denn Herren können sie nicht
genannt werden — mit dem Ellenbogen dermaßen einen Stoß in den
Unterleib, daß sie taumelte. Ob und welche Folgen diese Rohheit
nach sich ziehen wird, bleibt abzuwarten. Wäre Polizei zur Stelle
gewesen, so hätten die Burischen wenigstens zur Rechenschaft gezogen
werden können.

Ökonomie. 17. August. (Erzbe zu Ehren des
heil. Laurentius.) Die am 10. d. M. stattgefundene Feier
des Laurentiustages hat in dem Dorfe Danischin im hiesigen
Kreise Veranlassung zu einem großen Erze gegeben. Am Abende des
genannten Tages versammelte sich bei dem im Dorfe Danischin
stehenden Bilde des heil. Laurentius eine große Volksmenge, meistentheils
aus den Bewohnern von Danischin bestehend; daselbst wurden
mehrere Kirchenlieder gesungen. Als der in Danischin stationirte
Gendarm hiervon Kenntniß erhielt, begab er sich an Ort und Stelle
und forderte die Leute zur Ruhe und zum Auseinandergehen auf. Indes
mühte er sich bloß von der Erfolglosigkeit seiner Aufforderung überzeugen,
es wurde ihm sogar von den Rädelsführern der Versammlung ernst-
lich angerathen zu schweigen und sich zu entfernen, da er keine Be-
fugnis zu einem derartigen Vorgehen habe. Das Verhalten der
Volksmenge ließ dem Gendarmen sehr deutlich die Gefahren erken-
nen, denen er sich bei energischem Einschreiten ausgesetzt hätte und
mühte er daher nothgedrungen sich zurückziehen. Gegen 11 Uhr zer-
theilte sich die Menge und ging auseinander nach Hause. Als hierauf
auch der Gendarm seinem Quartier zuschreiten wollte, wurde er
plötzlich von einem wahren Steinbagel, welcher aus einem Garten
kam, überhüttet und gelang es ihm nur durch mehrmaliges blindes
Abheuern seines Gewehres demselben etwas Einhalt zu thun und dem-
nächst sein Quartier zu erreichen. Wie verlautet, soll er mehrere
erhebliche Verletzungen davon getragen haben.

Panik. 17. August. (Vieh-Ausstellung. —
Kirchenpolitisch.) Am 6. September d. J. findet in Na-
misch eine Thier- und Prämien-Ausstellung von Mutterstuten in bäuer-
lichem Besitz, Füllen und Privatbesitz statt. Das landwirtschaft-
liche Ministerium hat für den Kreis Kröben zu diesem Zwecke eine
Subvention von 500 M. bewilligt, welche Summe durch die Prä-
mierungs-Kommission zur Vertheilung gelangt. Gleichzeitig findet
am ersten genannten Tage in Kröben eine Prämienvertheilung an
kleinere Grundbesitzer hiesigen Kreises, für selbst-
aufgezogenes Rindvieh statt. Auch hierzu sind aus Staats-
fonds 446 M. bewilligt. Zur Ausstellung resp. Prämierung in Krö-
ben gelangen nur Kühe bis 6 Jahr alt, Ochsen und Ferkel bis 5
Jahr alt und Bullen von 1 1/2 bis 3 Jahr alt. — Der wegen ver-
schiedener widerrechtlicher Amtshandlungen aus der Provinz ver-
wiesene Propst Ingler aus Seide wurde gestern, da derselbe sein
Domizil nicht freiwillig bis zum 15. August verlassen hatte, durch
den Kommissarius aus Kröben bis hierher, und von hier durch die
hiesige Polizei nach Posenowo zur Bahn befördert.

K. Schneidemühl. 16. August. (Aus der Stadtverord-
netenversammlung. Sedanfest. Ernte.) Wie ich kürzlich
mittheilte, geht man hier mit dem Plane um, die Bromberger und
Posener Vorstadt durch eine zweite Rüdowbrücke zu verbinden. Ob-
gleich dies Projekt von der gesammten Bürgererschaft mit Freuden be-
grüßt wird, so haben unsere Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung
wider Erwarten die Bewilligung eines Zuschusses abgelehnt, „da die
Vorlage ihrer Unvollständigkeit wegen keinen Ueberblick über den Um-
fang der wirklichen Kosten gibt.“ — Zur Feier des Sedanfestes hat
die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat 100 M. zur Ver-
fügung gestellt. Der Kriegerverein hat kürzlich beschlossen, sich an der
öffentlichen Feier zu betheiligen und zur Verschönerung des Festes nach
Kräften beizutragen. — Die Ernte ist in unserer Gegend wider Er-
warten besser als im Vorjahre ausgefallen. Wenn auch hier und da
das Stroh kleiner geblieben ist, so ist doch der Ertrag der Körner be-
friedigend. Dasselbe Resultat wird aus unsern Nachbarkreisen Gar-
nikau und Deutsch-Grone mitgetheilt. — Die Kartoffeln stehen in un-
serer sandigen Gegend dagegen sehr schlecht. Seit vielen Wochen
haben wir keinen durchdringenden Regen gehabt und ist in Folge dessen
auf den meisten Feldern das Kartoffelkraut bereits vertrocknet, wäh-
rend die Knollen über die Größe einer Haselnuß nicht hinauskommen.
Wir bezahlen deswegen die Kartoffeln noch immer mit 3—3,75 M.,
gewiß ein hoher Preis in der jetzigen Jahreszeit.

Staats- und Volkswirtschaft.

Chemnitz. 16. August. (Produkten- und Börsenbericht
von Hermann Jaström.) Wetter: Sehr heiß. Weizen ohne
Kauf, gelber 210—220 M., weicher u. hunder 216—228 M. Rog-
gen mitter, inländ. 186—192 M., fremder 160—170 M. Gerste
— M. Hafer 180—190 M., Mais 138—145 M., Erbsen,
Mahl- und Futter —, Alles pr. 1000 Kilo.

Weizenmehl Nr. 00 35 M., Nr. 0 33 M., Nr. 1 30 M.,
Roggenmehl Nr. 0 27,00 M., Nr. 1 26,00 M. pr. 100 Kilo.

Emissionen in 1876. Ueber die im ersten Semester 1876
stattgefundenen Emissionen bringt der „Moniteur des intérêts indus-
triels“ nachstehende statistische Aufstellung. Es wurden in der be-
zeichneten Epoche emittirt an Anleihen von Staaten und Kommunen,
für Eisenbahnen, industrielle und sonstige Unternehmungen von Groß-
britannien und Kolonien 249,931,000 Fr., Deutschland 211,674,500 Fr.,
Frankreich 156,357,770 Fr., Schweiz 57,967,000 Fr., Italien 37,745,000
Fr., Donaufürstenthümer 25,779,750 Fr., Niederlande sammt Kolonien
17,138,600 Fr., Belgien 13,220,000 Fr., Spanien 10,000,000 Fr., Asten
6,870,000 Fr., Rußland 2,000,000 Fr. Zusammen 818,683,620 Fr.
Aus dieser Zusammenstellung geht nun zunächst hervor, daß zwei
große Wirtschaftszweige, wie Amerika und Oesterreich-Ungarn, sich
in der ersten Hälfte des laufenden Jahres von Emissionen ganz ferne
gehalten haben und daß ein Staat wie Rußland hierbei nur mit der
verschwindenden Summe von 2 Millionen Franks figurirt; es geht
ferner daraus hervor, daß die finanziell mächtigsten Staaten der
Welt, wie England, Frankreich und Deutschland, nur mit relativ sehr
geringen Erfordernissen auf dem Geldmarkte aufgetreten sind und die
Gesamtsumme der stattgefundenen Emissionen in keinem Verhältnisse
zu der durch die Natur der europäischen Kapitalbildung bedingten
Höhe der stattgefundenen Erparnisse steht. Ist doch ausgerechnet
worden, daß die Erparnisse Frankreichs allein jährlich 2000 Millionen
Francs betragen; hiernach würden sämtliche in der Welt stattge-
fundene Emissionen im ersten Semester dieses Jahres nicht einmal
die Höhe der Erparnisse eines einzigen europäischen Landes erreichen.

Zur Silberfrage. In der „Revue des deux mondes“ ver-
öffentlicht Michel Chevalier eine Abhandlung, welche nachzuweisen

sucht, daß die Silberproduktion in einer verhältnißmäßig viel schnelleren
Zunahme begriffen ist, als die Goldausbeute. Die Produktion
des Silbers — heißt es daselbst — sei in rapidem Zunehmen; so habe
im Jahre 1860 in den Vereinigten Staaten die Silberproduktion
kaum 1 Mill. Frs. ergeben, während von den 450 Mill. Frs., welche
die ganze Welt im vorigen Jahre produziert habe, 225 Mill. allein auf
die Vereinigten Staaten entfallen. Mexiko produzierte ebenfalls für
150 Mill. Frs. Niemand könnte heute noch sagen, welche Dimen-
sionen diese Silberproduktion annehmen werde, bis endlich jenes Niveau
erreicht ist, wozu zahlreiche Silbergruben in Folge des niedrigen
Preises ihrer Produkte die Arbeit einstellen. Die umgekehrte Bewe-
gung zeigte sich beim Golde. Vor 20 Jahren habe die Produktion
des Goldes nicht mehr als 1 Milliarde betragen und betrage jetzt nur
500 Mill. Frs., obwohl dieses allerdings noch immer eine beträchtliche
Steigerung gegen den Anfang des Jahrhunderts, wo sie nur 100
Mill. Frs. ausmachte, bedeute. Ueber die Summen, welche dem
Markte in den letzten 4 Jahren an Silber zufließen und über die
Verwendung derselben theilt Michel Chevalier folgende Aufstel-
lung mit:

	Mill. Frs.
Minausbeute	1367,5
Entwerthetes Metall von Deutschland und Skandinavien verkauft	200
Aus Italien	200
Aus Oesterreich	100
Zusammen	1867,5
Länder der Plazirung:	
Indien	227,5
Frankreich	837,5
Rußland	100
Spanien und Portugal	100
England	125
Vereinigte Staaten	190
Japan und China	187,5
Rest von Asten	75
Zusammen	1842,5

Madrid. 17. August. Auf Befehl des spanischen Staatsministers
ist die am 27. März d. J. vom madrid. Gemeinderath ausgegangene
Verordnung nunmehr auch im Auslande bekannt gemacht worden:
sie lautet wörtlich folgendermaßen: „Konstitutioneller Gemeinderath
der Stadt Madrid. — Befußt Zahlung der fälligen Zinsen der Ge-
meindeanleihen hat der Gemeinderath für gut befunden, zu verfügen,
daß die Inhaber von Schuldtheilen des von der Stadt Madrid im
Dezbr. 1868 emittirten Anlebens, die fünf vom 1. Januar 1872 bis
1. Januar 1876 fällig gewordenen Kupons bei der städtischen Rech-
nungskammer vorzuzeigen haben. Zu den Kupons eines jeden Jahres
muß eine Karpeta (Umschlag mit Nummernverzeichnis), welche bei dem
Thürsteher des Gemeinderaths zu haben ist, beigelegt werden, um die
Kupons gegen die erwähnten Karpetas umzutauschen, welche den Werth
der Kupons repräsentiren. Nachdem die Operationen des besagten
Umtausches beendet sind, wird sofort vom städtischen Schatzamt der
Betrag der Hälfte derjenigen Karpeta, die für den am 1. Jan. 1876
fällig gewordenen Kupon ausgestellt wurde, in Metall bezahlt. — Ge-
zeichnet vom präsidirenden Alkalen Marquis de Heredia Spinola“

Vermischtes.

Eine „Aufforderung zu einer Bismarck-Stiftung“
finden wir im hiesigen „Kur-Anzeiger“. Derselbe geht von dem Gra-
fen von Wartensleben-Schwirsen (Pommern) aus und bittet derselbe,
folgender Stiftungs-Idee beizutreten: 1) Es soll in Rissingen ein Haus
gebaut werden zur unentgeltlichen Kurwohnung für krankenbedürftige
Deutsche jeden Glaubens, wobei freier Arzt, freier Arzneibrauch u. A.
je nach den Mitteln, nicht ausgeschlossen ist. 2) Das Haus soll den
Namen führen „Zat Gottes“. 3) Die Stiftung, deren Umfang nicht
vor beendeter Sammlung zu bestimmen ist, führt den Namen „Bis-
marck-Stiftung“ und soll die Vergabung der Besüge auf ewige Zeiten
dem Fürsten Bismarck und seinen Nachfolgern im Titel aufstehen, —
damit es immer Menschen giebt, die den Namen Bismarck mit Dank-
barkeit nennen.“ Da Sammlungen dieser Art in deutschen Landen
obrigkeitlich genehmigt werden müssen, so bittet Graf Wartensleben
Alle, die ein solches Vorhaben unterstützen wollen, dies ihm mitzuthei-
len, um etwa im Oktober nach eingeholter Genehmigung mit den
Sammlungen beginnen zu können. Diese würden nach Jahresfrist zu
schließen sein. Nach Schluß würde eine Versammlung in Berlin, bei
welcher jeder Sammler von 100 Mark 1 Stimme hat, das nähere
Statut festsetzen müssen. Herr Rudolf H. Engel, Hofagent des Groß-
herzogs von Mecklenburg-Schwerin in Schwerin, hat bereitwillig eine
eventuelle Kassenverwaltung übernommen.

Aus Freiwaldau. 11. August, meldet der „Mähr. Corr.“:
„Ein Pistolenduell zwischen zwei gräflichen Badegästen bildet
jetzt das Tagesgespräch Freiwaldau-Gräfenbergs. Zwei Polen
waren in später Nachtstunde nach Hause gekommen und sollen durch
ihre Gespräch den in der Wohnung nebenan befindlichen Kreisrichter
M. aus Beuthen im Schlaf gestört haben. Dieser warf einen Stiefel
gegen die Wand, um auf diese Weise seine Nachbarn zur Ruhe auf-
zufordern. Dies geschah allerdings nicht, dagegen ließ einer der Polen
den Ausdruck „Schweinehirt“ fallen. Tags darauf verfeuerte der
Kreisrichter dem gerade bei Tisch stehenden Polen, welcher den Krast-
ausdruck gebraucht hatte, eine Ohrfeige. Und nun kam ein Duell zu
Stande. Gestern begaben sich die Herren nach dem nahen preussischen
Ziegenbals, woselbst angeblich auf zehn Schritte Distanz die Kugeln
gewechselt wurden. Der Kreisrichter erhielt eine unbedeutende Strei-
funde.“

In Lübben hat sich ein höchst bedauerlicher Unfall ereignet,
durch den ein hoffnungsvoller, allgemein geachteter junger Mann einen
jähren Tod gefunden hat. Der Jägerlieutenant Schmidt hatte vor
einigen Tagen bei einem Scheibenschießen am Vormittag sehr glücklich
geschossen. Nachmittags holt sich S., um auf Rehböcke zu jagen, eine
Wüchse, um sie schußfertig zu machen, plötzlich geht der Schuß los und
die Kugel dem jungen Manne gerade durch die Brust. Sofort ange-
wandter ärztlicher Beistand war vergeblich — nach 4 Stunden bereits
war der Lieutenant Schmidt eine Leiche.

Paris. Am Sonntag ist der auf der Kirchweibe von Lissu
(südlich von Paris) mit seinem 15jährigen Sohne aufgestiegene Luft-
schiffer Triquet verunglückt. Der Ballon, im Wieder-
gang begriffen, streifte, von einem Windstoß gefaßt, gegen ein Fabrik-
gebäude in der Ebene von Montrouge; auf Kommando des Vaters
sprang der junge Triquet, um den Ballon zu entlasten, hinaus, ohne
sich jedoch das Seil abzuschnallen, an welches er sich behufs seiner
akrobatischen Exerzitien gebunden hatte. Der Wind schleppte den
Unglücklichen gegen die Mauern; der Vater vermochte den Sohn nicht
mehr in die Gondel zurückzuziehen, so daß dieser in schauerhafter
Weise durch Bäume, Mühlenflügel u. s. w. geschleift ward. Endlich
gelang es von der Erde aus, den Ballon an einem Baum festzu-
machen. Der junge Triquet war inzwischen gegen einen Stein ge-
schleudert worden und todt, den vielfach verletzten Vater schaffte man
in ein Bauernhaus, der Tod des Sohnes wurde ihm verheimlicht.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.
In Vertretung: Oskar Elsner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Den hochgeehrten Herrschaften Posens und Umgegend hiermit
die ergebene Anzeig, daß ich aus Carlsbad hier wieder eingetroffen
bin und meine Wohnung sich nicht mehr Büttelstraße, sondern in
Scharffenberg's Hotel am Sapiehaplatz parterre links befindet.
Hochachtungsvoll

H. Rossner,
prakt. Fußoperateur.
(Beilage.)

